GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN

grün.

Nr.31 | Mai 2018

Grossratswahlen 2018: Danke für eure Stimmen!

Die drei GB-Gewinner_innen der Grossratswahlen 2018: Natalie Imboden, Aline Trede und Hasim Sancar.

STAND ●
Franziska Teuscher
● Sparen bei den Schwächsten?

STAND ●
Katharina Gallizzi
● Keine Steuergeschenke für Konzerne auf Kosten der Ärmsten!

STAND ●
Rahel Ruch
● Grundrechte schützen – Polizeigesetz bekämpfen!

Sparen bei den Schwächsten? Sicher nicht!

Statt Armut wirksam zu bekämpfen, hat der Grosse Rat mit dem revidierten Sozialhilfegesetz eine Sparvorlage auf dem Buckel der sozial Schwächsten beschlossen. Eine breite Allianz, der auch das GB angehört, sammelt nun Unterschriften für einen Volksvorschlag, der soziale Investitionen und eine wirksame Sozialhilfe verlangt.

Die Revision des Sozialhilfegesetzes nahm bereits einen schlechten Anfang: Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg erarbeitete die Vorlage ohne Einbezug von Fachleuten und verzichtete darauf, diese Gemeinden oder Fachkreisen zur Stellungnahme vorzulegen, was sonst üblich ist. Doch es kam noch schlimmer: Während die ursprüngliche Vorlage nebst den Kürzungen beim Grundbedarf in der Sozialhilfe zumindest noch den Ausbau von Anreizleistungen vorsah, verschärfte der Grosse Rat die Gesetzesrevision. Das Resultat: Der Grundbedarf in der Sozialhilfe soll zwischen 8 und 30 % unter den Ansätzen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) liegen. Zudem wurde die Anhebung der Anreizleistungen auf das SKOS-Niveau fallen gelassen. Das heisst: Auch Arbeitnehmende, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, werden in Zukunft deutlich weniger Leistungen erhalten als heute.

Hauptleidtragende der Revision sind Kinder und Jugendliche – sie bilden die grösste Gruppe der unterstützten Personen. Einer vierköpfigen Familie soll beispielsweise für Essen und Trinken pro Person und Tag noch zwischen 3.80 und 5 Franken zur Verfügung stehen. Ob damit Kinder und Jugendliche zu genug und vor allem auch zu gesundem Essen kommen, wage ich zu bezweifeln.

Als Sozialdirektorin der Stadt Bern kann ich das revidierte Sozialhilfegesetz nicht verantworten. Hilf mit, den Entscheid des Grossen Rates mit dem Volksvorschlag zu korrigieren. Die Sozialhilfebeiträge müssen im Kanton Bern wie bis anhin den SKOS-Richtlinien entsprechen; Arbeitsintegration und berufliche Qualifizierung müssen gestärkt werden. Danke für deine Unterschrift!

Franziska Teuscher, Gemeinderätin GB

Abstimmungen vom 10. Juni 2018

Stadt
- Bauliche Anpassungen Reitschule: Baukredit ..... **JA**
- Zonenplan-Änderung Rehhag ..... **JA**

Kantonal
- Keine Vorlagen

National
- Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» ..... **STIMMFREIGABE**
- Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz) ..... **NEIN**

«Das neue Berner Steuergesetz zeigt, wie ruinös der kantonale Steuerwettbewerb ist. Mit der Begründung, mit anderen Kantonen mitziehen zu müssen, sind massive Entlastungen für Grosskonzerne geplant, die sich der Kanton gar nicht leisten kann. Im Gegenzug werden Leistungen im Sozial- und Bildungsbereich abgebaut. Das ist aus grüner Sicht skandalös und muss bekämpft werden.»

Keine Steuergeschenke für Konzerne auf Kosten der Ärmsten!

Im März hat der Grosse Rat beschlossen, die Gewinnsteuern für Grossunternehmen massiv zu senken: Sie sollen in Zukunft 161 Mio. Franken weniger Steuern zahlen. Dagegen wehren sich die Grünen mit dem Referendum.

Begründet wird die Steuersenkung damit, dass Bern im kantonalen Steuerwettbewerb nicht ins Hintertreffen geraten dürfe: Ein Verzicht auf die Senkung hätte für künftige Generationen schmerzliche Folgen, weil Firmen abwandern würden und Arbeitsplätze verloren gingen. Diese Begründung ist absurd, denn die Steuersenkung hat vor allem in der Gegenwart schmerzliche Folgen. Sie lässt sich nämlich nur umsetzen, weil parallel dazu ein Sparpaket über 160 Mio. Franken verabschiedet wurde. Es soll die Steuergeschenke an die Grosskonzerne wieder einsparen – und zwar bei den Schwächsten, die es am meisten schmerzt. Bei der Spitex, in der Psychiatrie, in der Sozialhilfe und bei Menschen mit Behinderungen werden Leistungen abgebaut. Auch in der Bildung soll gespart werden, obwohl gute Bildung einer der wichtigsten Faktoren beim Standortentscheid eines Unternehmens ist.

Wie etwa das Wachstum der Medizintechnikbranche zeigt, ist der Hauptstadtkanton auch ohne Steuergeschenke attraktiv genug. Ausser Acht lässt die Argumentation der Befürworter zudem, dass staatsnahe Betriebe wie Swisscom, Post und BKW nicht abwandern werden, auch wenn die Steuern bleiben, wie sie sind. Das neue Steuergesetz führt also nicht dazu, den Kanton attraktiver zu machen, sondern zu einer Umverteilung von unten nach oben: Eine Handvoll Grossunternehmen dürfte auf Kosten der Schwächsten ihre Bilanzen aufpolieren. Helfen Sie mit dies zu verhindern und unterzeichnen Sie noch heute das Referendum!

Katharina Gallizzi, Stadträtin GB

«Mit dem neuen Polizeigesetz geht der Kanton einen weiteren Schritt in Richtung Bespitzelung, Ausgrenzung und Abbau des Service public. Von Deeskalation, transparenten Beschwerdemechanismen oder Dialog ist nicht die Rede. Logisch, müssen wir Berner Linksgrüne dieses Gesetz bekämpfen. Es betrifft zudem alle, die in der Bundesstadt Kundgebungen planen. Umso wichtiger ist das Engagement für dieses Referendum.»

Grundrechte schützen – Polizeigesetz bekämpfen!

Das GB unterstützt das Referendum gegen das neue kantonale Polizeigesetz. Dieses gefährdet Grundrechte, den Service public und diskriminiert Fahrende.

Künftig sollen die Behörden die Möglichkeit haben, Kosten für Polizeieinsätze auf «Verursacher_innen» abzuwälzen. Wer sich also z. B. beim Wandern verirrt und mit einer Wärmebildkamera gesucht wird, soll einen solchen Einsatz selber berappen. Das soll nicht nur für Einzelpersonen gelten, sondern auch für Organisator_innen von Kundgebungen. Diese können zur Übernahme von Kosten bis zu 30'000 Franken gezwungen werden, falls es zu Ausschreitungen kommt. Das gefährdet die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und beschneidet den Service public – absurd, gerade in Zeiten, in denen Polizeieinsätze bei Demonstrationen grundlos exorbitant aufgeblasen werden.

Die Gesetzesrevision wird auch wegen Diskriminierung kritisiert. Mit einer Ausweitung der Wegweisungen auf Situationen, in denen auf privatem Grund campiert wird, und dem Zusatz, dass die Polizei Flächen nach 24 Stunden räumen kann, «sofern ein Transitplatz zur Verfügung steht», ist klar: Das ist tatsächlich eine «Lex Fahrende». Ein Skandal, dass eine solche Bestimmung im Jahr 2018 Eingang in ein Gesetz findet.

Vorgesehen sind zudem gefährliche Kompetenzerweiterungen für die Polizei. Neu sollen verdeckte Fahndungen und Vorermittlungen sowie Observationen ohne Tatverdacht möglich sein. Erst nach einem Monat entscheidet ein Gericht über die Zulässigkeit der Massnahmen. Damit greift das Gesetz weit in unsere Persönlichkeitsrechte ein. Das GB ruft alle auf, sich aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen.

Mehr: www.polizeigesetz-nein.be

Rahel Ruch, Stadträtin GB

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F., 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Mittwoch, 23. Mai, 18 Uhr, Historisches Museum
Podiumsdiskussion: 1968 Frauen – Neue Frauenbewegung: Ziele, Erfahrungen, Erfolge
Mit Elisabeth Joris (Historikerin), Stefanie Brander (Gleichstellungsbeauftragte der Universität Lausanne), Simona Isler (Historikerin und Gleichstellungsbeauftragte des Schweizerischen Nationalfonds); Moderation: Ursula Hürzeler (Journalistin)

● Mittwoch, 14. Juni, nachtmittags und abends, Bern
Fairplay für Frauenlöhne – Lohngleichheit jetzt
Aktionstag zum Tag des Frauenstreiks von 1991, organisiert von marche mondiale des femmes Bern, verschiedenen Frauenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften

● Mittwoch, 20. Juni, 19 Uhr, CaféBar im Berner Generationenhaus, Bahnhofplatz 2
Generationentalk: 68er und heute?
Gespräch mit Leena Schmitter, 38 (Historikerin, GB-Stadträtin und Aktivistin). Sie hat über die neue Frauenbewegung nach 68 geforscht und arbeitet heute als Mediensprecherin bei der unia. Und Pier Hänni, 68 (ehemaliger 68er und Autor). Er erforscht seit 40 Jahren geistige Traditionen und Naturmythologie in der Schweiz. Moderation: Elias Rüegsegger

● Mittwoch, 1. August, 19 Uhr, Münsterplatz Bern
1. August-Feier
Mit Stadtratspräsidentin Regula Bülmann, Kidswest und Sandra Künzi

● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 22. August um 18.30 Uhr statt.

Mach mit!

Sammle mit uns Unterschriften oder bringe andere Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über jede Kontaktaufnahme.

● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: Regula Bühlmann
(regula_buehlmann@bluewin.ch)
● **AG Ökologie**
Kontakt: Franziska Grossenbacher
(fragroba@gmx.ch)
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: Annemarie Sancar
(annemarie.sancar@bluewin.ch)
● **AG Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **AG Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: Markus Heinzer
(info@markusheinzer.ch)
● **AG macht**
Kontakt: Ursina Anderegg
(ursina.anderegg@gmx.net)
● **AG Polizei**
Kontakt: Rahel Ruch
(rahel_ruch@hotmail.com)

Kontakt Sekretariat
Geschäftsführer: Benjamin Steinweg
Grünes Bündnis, Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Markus Heinzer, Marius Christen, Christine Michel, Benjamin Steinweg.
Fotos:
Manuel Friedrich, Judith Held, Iris Krebs, Judith Schöneberger
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss
grün. Nr. 32: 8. August 2018

SCHLUSS

Kunterbunter Wahlkampf

Benjamin Steinweg, Geschäftsführer GB

So ein Wahlkampf hat ein bisschen was von einem Wunschkonzert: «Ich will Luftballons!», «Ich will eine Velodemo!», «Ich will eine Filmvorführung im Kino!». Super, dass die Kandis (kurz für «Kandidat_innen») konkrete Wünsche und Ideen haben. «Ich verteile keine Vorwahlzeitungen!» «Mir gefällt das Foto nicht!», «Ich will nicht den Stand aufräumen!» Das ist aber die andere Seite. Mir kommen Aussagen junger Eltern in den Sinn: «Man muss lernen, nach Unterstützung zu fragen.» So meldet sich nach einem Aufruf im Newsletter ein GB-Mitglied und hilft, Vorwahlzeitungen zu verteilen. Das ist ein guter Moment. Ein anderer pädagogischer Tipp: «Es ist motivierender, eigene Ideen zu verfolgen.» So geben wir Budget für individuelle Wahlkampfprojekte frei und eine grossartige Reihe von Aktionen entsteht. Das scheint also auch zu funktionieren. Trotzdem müssen bestimmte Arbeiten einfach gemacht werden. Zum Glück meldet sich nun doch noch jemand, um für das Aufräumen des Infostandes einzuspringen und rettet mir den Tag. Kontakt zu Mitgliedern tut sowieso immer gut. Meldet euch gerne jederzeit!
Selbstverständlich ist da bei den Kandis viel Erfahrung, Zielorientierung und diese beeindruckende Beharrlichkeit beim Einsatz für ihre Themen. Wenn es um Gleichstellung, Bildung oder nachhaltigen Verkehr geht, gibt es keine Kompromisse.
Ich kann Wahlkampf mit so einem bunten Haufen Überzeugungstäter_innen nur empfehlen.